

Gemeinsam für Deutschland in Karlsruhe am 26. April 2025

Teil 4 – Rund um den Demotag

Karlsruher Netzwerk gegen Rechts
ka-gegen-rechts.de/dossiers (Dossier 193d)

Dieser Teil 4 schließt ohne Vorbemerkungen an seinen Teil 3 an.

Hier ist der Link, auch zu den Teilen 1 und 2:

www.ka-gegen-rechts.de/dossiers



Der 26. April 2025 war der Samstag nach dem Karlsamstag, an dem traditionell bundesweit die Ostermärkte stattfinden.

Deren diesjähriges Motto lautete: „Friedensfähig statt kriegstauglich“, bezogen auf eine Forderung von Verteidigungsminister Boris Pistorius im Bundestag im Juni 2024 sowie auf allgemeine Pläne der Politik zur Aufrüstung der Bundeswehr seit der Lockerung der Schuldenbremse im März 2025.

Migration, Ukraine sowie Corona & die Folgen und die mit jenen verwobene „Spaltung der Gesellschaft“ waren die zentralen Themen der Bürgerbewegung *Gemeinsam für Deutschland*.

Folgerichtig prägten sie bundesweit die Inhalte der Redebeiträge.

 Deutscher Bundestag Befragung der Bundesregierung 5. Juni 2024
Boris Pistorius: Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat Russland als Bedrohung nicht nur für Georgien und Moldawien, sondern „letztlich auch für die Nato“ bezeichnet. Im Bundestag betonte er am 5.6.2024, dass die Ukraine deshalb weiterhin unterstützt werden müsse. Ein russischer Sieg käme teurer am Ende als die Unterstützung für die Ukraine heute. „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein“, so der Minister. „Wir müssen Abschreckung leisten.“ Im Ernstfall würden junge Frauen und Männer gebraucht, die dieses Land verteidigen können: „Wir müssen durchhaltefähig und aufwuchsfähig sein.“ Er sei überzeugt, so der Minister weiter, dass eine neue Form des Wehrdienstes gebraucht werde. Dazu werde er zeitnah einen Vorschlag zur Diskussion stellen. Ein solcher Dienst könne nicht frei von Pflichten sein. Darüber hinaus müsse der Truppe die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden, vom Kampfpanzer bis zur mobilen Feldküche



Am 19. April 2025 (Karsamstag) fasste der Orga-Chef der Bewegung *Gemeinsam für Deutschland* seine Sicht zur geplanten „Kriegstauglichkeit“ Deutschlands in einem TikTok-Video zusammen ... ausgelöst von einer Rede Dieter Hallervordens beim Dresdner Ostermarsch, von einer „Ansage“ von Friedrich Merz zur Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine sowie von den darauf folgenden Reaktionen aus dem Kreml.

„Lieblingswort von Goebbels“ Hallervorden übt bei Friedensdemo scharfe Kritik

Berliner Zeitung

19.04.2025

Der Kabarettist wurde per Video bei einer Friedensdemo in Dresden zugeschaltet.

Hallervorden sagte, dass die Politik Deutschland wieder kriegstüchtig machen wolle. „Da ist die deutsche Sprachpolizei doch ziemlich stumm geblieben. Und das, obwohl Kriegstüchtigkeit ja ein Lieblingswort von Goebbels war“, so Hallervorden. Der Reichspropagandaminister habe beispielsweise nach dem Attentat auf Hitler zur Kriegstüchtigkeit aufgerufen. Hallervorden war kürzlich für die Benutzung des N-Wortes in die Kritik geraten.

Frankfurter Rundschau

20.04.2025,

Nach Merz-Ansage: Putins Außenamtssprecherin warnt Deutschland vor Taurus-Lieferung

Am 13. April hatte Friedrich Merz die Möglichkeit der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern angedeutet. In der CDU und bei den Grünen fanden die Aussagen von Merz überwiegend Unterstützung. Das russische Außenministerium jedoch sieht jeden Einsatz von Taurus-Marschflugkörpern gegen russische Ziele als „direkte Beteiligung“ Deutschlands am Ukraine-Krieg, [denn] der Einsatz der Taurus-Marschflugkörper [sei] nur mit Bundeswehrsoldaten vor Ort möglich sei. Zudem bezeichnete sie das „Kiewer Regime“ als ein „Instrument westlicher Manipulation“.

In seinem *TikTok*-Video spannte „Dennis“ einen Bogen von Kriegstüchtigkeit über „Sprachpolizei“ hin zu einem drohenden Bürgerkrieg.

„Deutschland muss kriegstüchtig werden“, ist eine Forderung, die wir immer häufiger hören von vielen Politikern. [Aber] wir haben uns geschworen, nie wieder Krieg zu führen. Wir haben [doch schon] eine Bundeswehr, die uns verteidigen soll. Das Wort 'kriegstüchtig' wurde übrigens im Dritten Reich sehr häufig von Goebbels verwendet. Warum ergötzt sich keiner darüber, dass unsere Politiker dieses Wort benutzen? Wo doch alles, was mit dieser Epoche zu tun hat, verpöht ist. Warum geht ihr dafür nicht auf die Straße, liebe Antifa? Ihr wart doch immer gegen Krieg, und kein Mensch ist illegal ... Aber das interessiert euch überhaupt nicht. [Denn] ihr werden gelenkt von dieser Regierung, und ihr lasst euch sogar lenken und kaufen. Ich will keinen Krieg, und viele Menschen in diesem Land auch nicht ... und: „Deutschland muss kriegstüchtig werden in den nächsten vier Jahren“ – als ob der Russe, wenn er uns wirklich angreifen wollen würde, jetzt noch vier Jahre wartet, bis wir kriegstüchtig werden: So einen Blödsinn habe ich mein ganzes Leben lang noch nicht gehört. Aber es geht hier [gar nicht] um den Krieg gegen Russland. Es geht um den Krieg gegen das eigene Volk. Denn es brodelt in diesem Land und zwar ganz massiv. Wir sind zutiefst gespalten und wir stehen höchstwahrscheinlich vor einem Bürgerkrieg. Und die Regierung weiß, sie würde diesen Bürgerkrieg nicht unter Kontrolle kriegen mit dem, was sie haben, an Soldaten und an Polizisten. Und deswegen soll massiv aufgestockt werden.

Die Antifa Bonn / Rhein-Sieg hatte im Vorfeld des Zweiten Aktionstages am 26. April 2025 die bundesweit zu erwartenden Teilnehmenden analysiert¹. Das „Groß“ jener zu erwartenden Teilnehmenden bestehe „im klassischen Sinn nicht aus Neonazis, sondern aus regressiven Rebellen“.

Antifa Bonn/Rhein-Sieg Kategorie: Demo 20.04.2025

Ein Bündnis des Grauens: Im März 2025 fand in Düsseldorf eine Demonstration unter dem gleichen Titel [Gemeinsam für Deutschland] statt. Hier versammelten sich rund 600 Personen verschiedener Art: So liefern Best-Ager mit schwarz-rot-gold Utensilien, verummigte Nachwuchs-Nazis, Querdenkerinnen und Personen mit Friedensfahnen gemeinsam durch die Straßen. Als gemeinsamer Nenner schien die besagte Parole »Gemeinsam für Deutschland« zu dienen. Unter dieser bildet sich hier offenbar ein Bündnis aus Personen, die sich während der Krisen der vergangenen Jahre (Corona-Pandemie, Ukrainekrieg, Terrorangriffe) nach rechts radikaliert haben und nun in nicht näher bestimmter Form ihre »Meinungsfreiheit« bedroht sehen – womit in der Regel allerdings gemeint ist, rassistische und nationalistische Aussagen sowie bizarre Weltdeutungen widerspruchslösunglos in die Öffentlichkeit posaunen zu können. Um nicht missverstanden zu werden: Auch wir haben ein Problem mit Islamismus und seinem Terror. Diesen bekämpfen wir aber im Gegensatz zu den Wutbürgerinnen nicht als »fremde« Bedrohung gegen Deutsche, sondern als Gefahr für jede Form der Emanzipation – ebenso wie Rassistinnen und Nationalistinnen.

Eine ähnliche Zusammensetzung der Teilnehmenden wie in Düsseldorf ist nun mutmaßlich auch für die geplante Demonstration in Dortmund zu erwarten, welche auch der inhaltlichen Schlichtheit der Ankündigung geschuldet ist. So lauten die knappen Forderungen mehr Grenzkontrollen, Wahrung der Meinungsfreiheit sowie der Stopp von Militärhilfe an die Ukraine und der »Spaltung der Gesellschaft«. Diese Beliebigkeit und unpräzise Benennung von Themen ermöglicht es, unterschiedliche Milieus zu mobilisieren. Gleichzeitig wird durch die Nutzung von rechten Buzzwords eine entsprechende politische Stoßrichtung deutlich. Dennoch ist davon auszugehen, dass sich ein Großteil der zu erwartenden Teilnehmenden nicht für neonazistisch oder rechts hält.

So wurden bei der Versammlung in Düsseldorf gar Vergleiche mit dem Nationalsozialismus bemüht, um bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen zu skandalisieren (»So hat es damals auch angefangen«). Im Gegensatz zu der NS-Glorifizierung der Neonazis, wird der Begriff Faschismus bei solchen Aussagen als eine Art Negativfolie genutzt, um staatliches Handeln zu bewerten oder Kritik an rassistischen Äußerungen abzuwehren. Dies wurde insbesondere bei den Corona-Protesten in den vergangenen Jahren deutlich, bei denen medizinische Schutzmaßnahmen mit der antisemitischen Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung im Nationalsozialismus verglichen wurde – und dieser dadurch gleichsam relativiert und verharmlost wurde. Das zu dieser Zeit gewachsene Protestmilieu scheint nun auch das Groß der angekündigten Demonstration auszumachen. Dieses besteht tatsächlich im klassischen Sinne nicht aus Neonazis, sondern aus regressiven Rebellen, deren Ideologie gleichsam als rechts zu charakterisieren ist. Sie betrachten sich in vermeintlicher Opposition zu Staat und herrschender Politik und setzen diesen regressiven Krisenlösungsmodelle sowie Vorstellungen von homogener Gemeinschaft und autoritärer Führung entgegen. Einigkeit schafft dabei ein dumpfes Gefühl von Unzufriedenheit, welches nationalistisch interpretiert wird und sich in Hass auf Politikerinnen, die als »Volksverräter« gelten, Migrantinnen und gesellschaftliche Liberalisierung entlädt. Anschlussfähig hieran sind ebenso antisemitische Verschwörungserzählungen sowie Faszination für das Putin-Regime. Kennzeichnend ist zudem eine fehlende Ambiguitätstoleranz: Wer an derartigen Einstellungen Kritik übt, betreibt nach Vorstellung der Organisator*innen der Demonstration entweder Zensur oder gesellschaftliche Entzweiung.

Es handelt sich um ein ideologisches Gemisch, welches auch von der AfD und ihren Anhängerinnen vertreten wird. Nicht umsonst haben bei der vergangenen Demonstration auch Vertreterinnen der völkischen Partei gesprochen. Aufgrund der Wahlerfolge der AfD sind solche Demonstrationen auch Ausdruck eines nationalistischen Rollbacks, deren Teilnehmenden sich zunehmend sicherer in ihrem Weltbild fühlen und keine Scheu mehr hegen, dieses auch abseits von Stammtischen und Familientreffen zu kommunizieren.

¹ <https://antifabonn.noblogs.org/?p=2160>

In Karlsruhe hingegen gab es noch Klärungsbedarf darüber, wer denn nun bei der *Gemeinsam-für-Deutschland*-Demo am 26. April 2025 der Veranstalter und wer die möglichen Teilnehmenden seien.

Die BNN titelten am Nachmittag des 23. April 2025:

BNN+ Gegen Querdenker und Neue Rechte in Karlsruhe

Für den Samstag hat sich die Aktion „Gemeinsam für Deutschland“ vor dem Schloss angekündigt.

Gegenprotest gibt es an mehreren Stellen in Karlsruhe.

23. April 2025

Grundrechte.jetzt.
Forwarded from Güzey Sattelmaier

Kleine Info für Alle
Weder Querdenken 721, Karlsruhe für Frieden, oder Güzey Sattelmaier sind NICHT die Anmelder der Demo am 26.04.25 in Karlsruhe
t.me/grundrechte_jetzt/10883 Apr 23 at 19:53

Die Leitfigur der Karlsruher Querdenker-Szene, Güzey Sattelmaier (fka Israel), aber antwortete richtigstellend am Abend, danach von *Grundrechte jetzt* zitiert:

Grundrechte jetzt waren keine Querdenker, deren in der Regel esoterisch verwurstete politische Weltbilder am eigenen Yogamattenrand endeten. Ebensowenig war es statthaft, *Grundrechte jetzt* (angesichts der Inhalte ihrer vielen bisherigen Kundgebungen oder ihres telegram-Kanals) unter die Neue Rechte zu subsummieren.



Neue Rechte
bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500801/neue-rechte/

Wesentliche ideologische Elemente der Neuen Rechten sind laut nordrhein-westfälischem Landesamt für Verfassungsschutz: die Ablehnung von Individualismus und Liberalismus, von Parlamentarismus und gesellschaftlicher Vielfalt; Vorstellungen von Sozialdarwinismus, Ethnopluralismus und von einem ethnisch homogenen, hierarchischen und elitär geführten autoritären Staat; eine "Frontstellung gegen das kritische Erinnern an den Nationalsozialismus". Das Bundesamt für Verfassungsschutz attestiert der Neuen Rechten, sie beabsichtige "die Beseitigung oder zumindest Beeinträchtigung des demokratischen Verfassungsstaates"

Grundrechte jetzt veranstalteten in den letzten fünf Jahren einen patriotischen Bürgerprotest mittleren Härtegrades, ihre bisherige Demo-Klientel dürfte mit der Bezeichnung „Wutbürger“ gut getroffen sein. Sie stehen damit in einer Traditionslinie zu Pegida. Deren *Zehn Dresdner Thesen* (2015) hatten seinerzeit einen herben Sturm an Nazivorwürfe geerntet. Heute, im Jahr 2025, finden sich jene Forderungen auch in Statements von PolitikerInnen der bürgerlichen Spektren.

Dresdner Thesen **Gemeinsam für Deutschland**

PEGIDA versteht sich als politische Bewegung, welche ideologiefrei die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit aufgreift und gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen finden und umsetzen will. Durch unsere Wirtschaftspolitik verarmen der Mittelstand und die Arbeiterklasse zunehmend. Löhne und Renten stehen in einem immer schlechteren Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten. Statt Mittel für dringend benötigte Projekte zur Verfügung zu stellen, werden horrende Summen verschwendet. Die steigende Kriminalität, soziale Brennpunkte sowie stetig wachsende Parallelgesellschaften beunruhigen die Menschen. Das Sicherheitsrisiko steigt ständig und die globalen Konflikte verschärfen sich aufgrund unverantwortlicher Innen- und Außenpolitik. Eine friedliche Zusammenarbeit souveräner Nationen weltweit ist die Grundlage einer sicheren Zukunft für uns alle. Deshalb sehen wir folgende Punkte als unerlässlich an:

1. Schutz, Erhalt und respektvoller Umgang mit unserer Kultur und Sprache. Stopp dem politischen oder religiösen Fanatismus, Radikalismus, der Islamisierung, der Genderisierung und der Frühsexualisierung. Erhalt der sexuellen Selbstbestimmung.
2. Schaffung und strikte Umsetzung eines Zuwanderungsgesetzes nach demographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten. Qualitative Zuwanderung (anstatt momentan gängiger quantitativer Masseneinwanderung) nach schweizerischen oder kanadischen Vorbild.
3. Dezentrale Unterbringung von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten entsprechend der kommunalen Möglichkeiten und der Sozialprognose des Asylbewerbers. Verkürzung der Bearbeitungszeiten von Asylanträgen nach holländischen Vorbild und sofortige Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern. Aufnahme eines Rechts auf u. der Pflicht zur Integration in das Grundgesetz.
4. Reformation der Familienpolitik sowie des Bildungs-, Renten- und Steuersystems. Besonders die Förderung einer nachhaltigen Familienpolitik muss Priorität erhalten, um einen Stopp oder sogar die Umkehr des demographischen Wandels zu erreichen. Der Kinderwunsch darf nicht aufgrund von wirtschaftlichen Ängsten unterdrückt werden.
5. Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene nach Vorbild der Schweiz, um parallel zum Parteiensystem ein zweites Standbein der Demokratie zu installieren.
6. Konsequente Rechtsanwendung, ohne Rücksicht auf politische, ethnische, kulturelle oder religiöse Aspekte des Betroffenen.
7. Aufstockung der Mittel der Polizei und Beendigung des Stellenabbaus.
8. Sofortige Normalisierung des Verhältnisses zur russischen Föderation und Beendigung jeglicher Kriegstreiberei.
9. Anstreben eines friedlichen, europäischen Verbundes starker souveräner Nationalstaaten in freier politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung.
10. Ablehnung von TTIP, CETA und TISA und ähnlichen Freihandelsabkommen, welche die europäischen Selbstbestimmung und die europäische Wirtschaft nachhaltig schädigen könnten.²

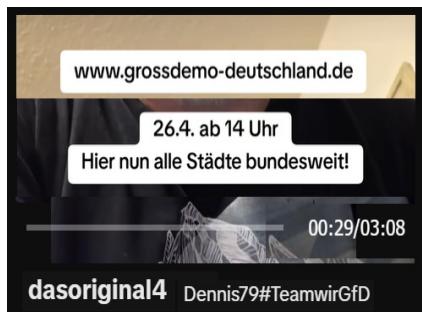
In der Forsa-Umfrage ('Sonntagsfrage') vom 23. April 2015 lag die AfD, bundesweit betrachtet, mit 26% vor der CDU (25%) an erster Stelle der Zustimmung.³

2 <https://pegidaoffiziell.wordpress.com/2015/02/16/zehn-thesen-in-dresden-angeschlagen-dafur-geht-pegida-auf-die-strase/>

3 <https://www.merkur.de/politik/staerkste-kraft-merz-regierung-spd-schwarz-rot-umfrage-neu-fuer-cdu-afd-wird-ploetzlich-zr-93694127.html>

Der 25. April 2025 im Internet

Am Morgen des 25. April 2025, einen Tag vor dem Zweiten bundesweiten Aktionstag, wiederholten *Gemeinsam für Deutschland* ihre politischen Forderungen an die Bundesregierung. In dem *TikTok*-Video betonte Bundes-Orgateamchef „Dennis“ die Ferne seiner Bewegung zu rechtsextremistischen Bestrebungen.



Balingen, Reutlingen, Karlsruhe, Koblenz, Saarbrücken, Saarlouis, Frankfurt a.M., Aschaffenburg, München, Nürnberg, Magdeburg, Torgau, Weimar, Berlin, Hamburg, Bremen, Cuxhaven, Flensburg, Itzehoe, Bad Schwartau, Oranienburg, Dortmund, Rostock

Wir haben Demos in 22 Städten, in jedem Bundesland. Wir sind parteilos, wir dulden keinerlei Parteiwerbung gleich welcher Partei. Wir wollen als Volk geschlossen auf die Straße gehen. Wir kämpfen für Meinungsfreiheit, für Demokratie, für Frieden, für Grenzkontrollen: Nicht zu verwechseln mit Grenzschießungen, wie uns immer vorgeworfen wird. Sondern wir möchten, dass die Menschen, die dieses Land betreten, kontrolliert werden. Wir sind gegen Taurus-Lieferungen, wir sind gegen Milliardenhilfen für die Ukraine, um den Krieg fortzuführen. Diesen sinnlosen Krieg, in dem viele, viele Menschen sterben: Und das für seltene Erden. Es ist ein Wirtschaftskrieg. [Und] wir sind auch ganz klar gegen die Bargeldabschaffung. Denn wir werden zu gläsernen Menschen. [Und] liebe Antifa, liebe Omas gegen Rechts, liebe SPD, liebe Kirchenverbände und was da sonst noch alles gegen uns aufruft: Wir sind Antifaschisten.

In den Alten Medien erschienen derweil uneinheitliche Vorberichte zu jenem Zweiten Aktionstag: In Reutlingen distanzierten sich die Organisatoren von „Rechtsextremen“, in Hamburg dagegen ging man von einem geplanten rechtsextremen Aufmarsch in *AfD*-Verantwortung aus. In Karlsruhe hatten sich laut den *BNN* „Querdenker und Neue Rechte“ angekündigt, während die *Schwäbische Zeitung* davon ausging, die in Balingen geplante *Gemeinsam-für-Deutschland*-Demo sei OK und werde von rechtsextremen „Trittbrettfahrern“ nur missbraucht, indem jene ebenfalls zur Teilnahme aufriefen.

Reutlinger General-Anzeiger

Reutlinger Demo-Organisatoren 25.04.2025,
grenzen sich von Rechtsextremen ab

»Gemeinsam für Deutschland«: Reutlinger Organisatoren beteuern, keine Rechtsradikalen auf ihrer Demo zu wollen.

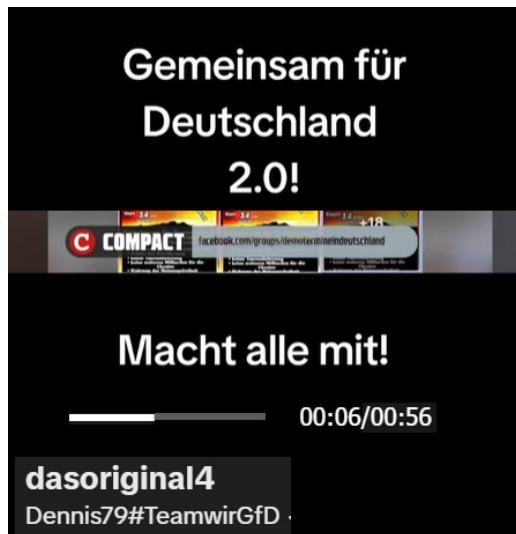
t-online - Hamburg **Rechtsextremer Aufmarsch am Jungfernstieg geplant** 25.04.2025
Eine Demonstration der Initiative "Gemeinsam für Deutschland" (GfD) will am kommenden Samstag, 26. April, durch

MORGENPOST MOPO **Rechter Aufmarsch in Hamburg** 25.04.2025
„Die Forderungen des Bündnisses ‚Gemeinsam für Deutschland‘ finden sich demnach eins zu eins im AfD-Wahlprogramm wieder.“

BNN + Gegen Querdenker und Neue Rechte in Karlsruhe
Für den Samstag hat sich die Aktion „Gemeinsam für Deutschland“ vor dem Schloss angekündigt.

Schwaebische.de **Trittbrettfahrer: Hier wollen Neonazis aufmarschieren**
vor 3 Tagen — Bundesweit demonstrieren Menschen unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“. Auch Neonazis haben ihre Teilnahme angekündigt. 23.04.2025

Wenige Tage vor dem 25. April 2025 hatte *CompactTV*, der TV-Kanal des *Compact*-Magazins, Werbung für den Zweiten Aktionstag von *Gemeinsam für Deutschland* am 26. April 2025 gemacht. In der Sendung lobte Studiomoderator Jürgen Elsässer jene Demoreihe: „Das sind wichtige Termine. Liebe Zuschauer, es wäre schön, wenn Sie da auch mit von der Partie“ wären. Ferner wurde betont, dass *CompactTV* zwei der 22 Demos journalistisch begleiten werde: Die in Berlin und (dann durch André Poggenburg) die in Weimar.



Am Abend des 25. April 2025 dann teilte „Dennis“ einen Auszug jener Sendung in seinem *TikTok*-Kanal und bestätigte mit dem eigens hinzugefügten Schriftzusatz „Macht alle mit“ seine Zustimmung zur Mobilisierung durch *Compact*.

Compact bewegte sich seit 2015 rechts der AfD. Und André Poggenburg war in Sachsen-Anhalt der AfD-Landesvorsitzende gewesen, ehe er im Jahr 2019 aus der AfD austrat, weil die ihm nicht (mehr?) „patriotisch“ genug gewesen war.

Spätabends am 25. April 2025, kurz vor Mitternacht, erläuterte „Dennis“ seine Definition von Antifaschismus und erläuterte, am Beispiel der Demo der Ortsgruppe in Bad Schwartau, dass man bei *Gemeinsam für Deutschland* alle Teilnehmende, die sich in Kleidung oder Verhalten als Rechts- bzw. LinksextremistInnen outen würden, von der Demo ausschließen würde. In einem bürgerlichen Outfit jedoch seien alle Menschen willkommen:



Anitaschismus bedeutet für mich, [dass] ich kein Fascho bin. Ich habe nichts gegen Ausländer, im Gegenteil. Ich habe sehr viele ausländische Freunde, gute Freunde. Und von daher sehe ich mich als Antfaschist. Wir werden Rechtsradikalismus ausschließen, genauso wie Linksradikale. [Beides] werden wir direkt von der Demo ausschließen lassen durch die Polizei, das ist unser Recht. Wer den Frieden unserer Demonstration stört, wird ausgeschlossen. [Und] sind Symboliken zu sehen, die auf einen Radikalismus, rechts oder links spielt keine Rolle, hindeuten: Seien es Anstecker, Mützen, Springerstiefel oder Bomberjacken: Ihr seid da nicht erwünscht bei uns. Kommt als Bürger, wenn ihr in diesem Land etwas verändern wollt. Wenn ihr endlich Gerechtigkeit wollt, wenn ihr Frieden wollt, dann kommt bitte, dann seid ihr richtig. Und wenn ihr für Demokratie steht: Wir wollen Demokratie in diesem Land, gelebte Demokratie, Meinungsfreiheit. Und wir wollen endlich diese Spaltung im Land beenden.

Eine Übersicht über die einzelnen Ortsgruppen legte allerdings nahe, dass wohl nicht viele von ihnen die Absichten ihres Bundesorgachefs „Dennis“ teilen dürften:

Auch der Zweite Aktionstag von *Gemeinsam für Deutschland* am 26. April 2026 verlief nach dem Franchise-Prinzip. „Dennis“ und sein Orga-Team hatten Slogans formuliert, die dann vor Ort von bereits bestehenden lokalen Bürgerprotestbewegungen als Motto übernommen wurden. Eine kleine Übersicht jener Ortsgruppen, mit einer Kurzbeschreibung versehen. Die thematische Ausrichtung auf Social Media war bei allen als Ortsgruppen fungierenden Initiativen vergleichbar ... ein Themenspektrum aus Corona, Migration, AfD, Krieg und Frieden, Altparteien und AfD, Gender & Diversität, Bauernprotesten, Altersarmut, Klima sowie Mainstream-Medien – nur der politische Härtegrad variierte: Nichtpatriotische Kräfte waren dabei in der deutlichen Minderheit, antifaschistische (vgl. „Dennis“) ebenso.

Balingen	„Albstadt steht auf“	Patriotisch
Reutlingen	Einzelperson Kevin B.	Corona-Aktivist (vergleiche Seite 6)
Karlsruhe	„Grundrechte Jetzt“	Gemäßigt patriotisch
Koblenz	?	
Saarlouis	Corona-Initiative „Selbstdenker Kell“	Themenspektrum: Von Serge Menga bis Björn Höcke
Aschaffenburg	„Rhein-Main steht auf“	AfD-nah patriotisch
München	?	
Nürnberg	„Team Menschenrechte“	Sehr patriotisch
Frankfurt a.M.	?	
Weimar	„Montagsprotest“	Am 8. Mai 2023 war Björn Höcke Gastredner
Flensburg	„Freie Schleswig-Holsteiner“	Völkisch
Bad Schwartau	?	
Itzehoe	„Bürgerprotest Norddeutschland“	Patriotisch
Cuxhaven	„Cuxhaven geht spazieren“	AfD-Ableger, Facebook-Motto: „Unser Land zuerst“
Magdeburg	Einzelperson Denny Z.	Sozialer Aktivist
Oranienburg	„Oberhavel steht auf“	Gemäßigter Corona-Protest
Torgau	?	
Dortmund	Einzelperson „Alex“	Zur Beschreibung vgl. Dossier-Teil 2
Rostock	?	
Hamburg	Nicole Jordan	AfD-Lokalpolitikerin (ehemals „Flügel“)
Bremerhaven	?	
Berlin	?	

Man durfte am 26. April 2025 dann gespannt sein, welche der Ortsgruppen dann Demoteilnehmende mit Nazioutfit von den Demos ausschließen würden. „Dennis“ und seine gesamte Bewegung *Gemeinsam für Deutschland* würden sich im Anschluss daran messen lassen müssen.

Der 26. April 2025 in Karlsruhe

Die Kundgebung von *Grundrechte jetzt* besuchten in der Spitze rund 300 Teilnehmende bei geschätzten 5% „Jungnazis“, den Gegenprotest ca. 2000.

Herder @Herder_N 26. April 2025
vs ca 2000 TN Ggprotest mit lauter Musik, Redebeiträgen, Sambagruppe & guter Laune
Andreas Kubisch, Pforzheim, eröffnet rechte GfD-Kundgebung X
Max 300 Tn rechts, Ggprotest mit größerem Abstand v 2 Seiten
zahlenmäßig deutlich stärker
Anteil Jungnazis optisch* max 15 Personen drückt den Altersdurchschnitt deutlich, Großteil die übliche Schwurkelmelange



12 Uhr

DocTanni @DocTanni 26.04.2025
Weber von der AfD Philippsburg hat dann später auch noch kurz geredet. Und eine reichsbürgernde Schweizerin. Dann Regen und die schlechte Stimmung bei den Rechten war vollends im Keller. Daran konnte auch kein eintöniges Getrommle was ändern.
7 bekannte Gesichter der FreiseinFreiburg Schwurbel-Demos heute in Karlsruhe Schlossplatz gesehen.
Totalflop.



Ein Fahnenmeer aus Deutschland, Frieden und Großherzogtum



An der umgedrehten Deutschlandfahne (Reichsbürger-Tick) störte sich bei *Grundrechte jetzt* niemand. Erst nach dem Einschreiten des polizeilichen Antikonflikt-Teams wurde sie entfernt oder wieder zurückgedreht.

Redebeiträge bei Grundrechte jetzt am 26. April 2025

Thomas Rettig, regional bekannt als seinerzeitiger Chef von *Kagida* und späterer Vizechef von *Widerstand Karlsruhe*, beteiligte sich am Offenen Mikro⁴. Er hielt eine in Form und Inhalt für ihn typische Rede. Dabei gab er an, einen anonym verfassten, zufällig im Internet gefundenen Text zu verlesen. Der Versammlungsleiter stand drei Meter weit entfernt und lauschte gebannt, das Publikum ebenfalls.

Überall höre ich die Phrase: Wir müssen unser Land verteidigen'. Gestattet mir die Frage: Ist es denn noch unser Land? Wenn ich im Supermarkt einkaufe, höre ich Arabisch, Ukrainisch, Türkisch, Persisch und ganz selten auch einmal Deutsch. Millionen Afghanen, Iraker, Marokkaner, Iraner, Kirgisier und was weiß ich für Leute – alle aus ihren Ländern abgehauen: Die soll ich verteidigen? [Oder] die Politiker, die Leute wie mich als Menschen zweiter Klasse ansehen, meine Heimat als "Dunkeldeutschland" und mich selbst als Pack bezeichnen: Die soll ich verteidigen? [Oder] jene, die mit der ständigen Angst leben, dass ihnen das Klima auf den Kopf fällt, die mich als Lumpenpazifisten bezeichnet haben: Die soll ich verteidigen? [Oder] soll ich meine zugekifften Nachbarn verteidigen? Da hinten [in Richtung der Gegenkundgebung] sind sie aufgereiht, die sich dann mit Bürgergeld ein schönes Leben machen und mich nachts um den Schlaf bringen, während ich Montagmorgens um 5:30 Uhr aufstehe, um meine 6 Tage-Arbeitswoche anzutreten: Die soll ich verteidigen? [Oder] die Politiker, die das genaue Gegenteil von dem machen, was sie uns vor der Wahl versprochen haben, die soll ich verteidigen? Politiker, die unser Steuergeld in der ganzen Welt verpulvern, die unsere Schlüsselindustrien vernichten die unsere Straßen, Brücken, den gesamten öffentlichen Raum haben verkommen lassen: Die soll ich jetzt verteidigen? Das Land, das ich einst liebte, auf das ich stolz gewesen bin, das gibt es nicht mehr. Soll ich die verteidigen, die mich als Rechten, als Nazi, als Schwuler, als Klimaleugner, als Coronaleugner, als Verschwörungstheoretiker, als Scheißdeutschen, als alten weißen Mann betitelt haben: Die soll ich jetzt verteidigen?

Wisst ihr was? Einen Scheiß muss ich. Dies ist schon lange nicht mehr mein Land. Dies ist nur noch der Ort, an dem ich lebe und Steuern zahle, damit sich andere davon ein komfortables Leben machen können. Das Deutschland der fleißigen und korrekten Menschen, das gibt es schon lange nicht mehr. Wir machen uns da etwas vor Es gibt hier nichts mehr, was es wert wäre zu verteidigen, und nichts, was ein anderes Land auch nur geschenkt haben will.

Das ist nicht mein Text. Also ich denke manchmal auch so pessimistisch, bin aber hin und her gerissen. Das Schlimmste ist die Masseneinwanderung. Und ich bin AfD-Mitglied von Anfang an. Ich finde aber auch nicht alles gut, was die AfD sagt. Die AfD sagt zum Beispiel: Wer hierherkommt und arbeitet, sich integriert und Steuern bezahlt, der ist herzlich willkommen Und da bin ich radikaler, weil ich würde nicht jeden reinlassen, der fleißig arbeitet. Weil die Unqualifizierten machen unseren Leuten die Arbeitsplätze streitig, die Arbeit streitig. Das Problem ist, dass manche von denen wirklich arbeiten und unsere eigenen Leute, vor allem die schlecht qualifizierten, die ganz unten sind, die fallen immer mehr hinten runter. Und man sieht es auf der Straße, wenn man irgendwo Abgehängte oder Penner sieht, dann sind die meisten von ihnen weiße Männer. Und wenn ich König von Deutschland wäre, ich würde nur Hochqualifizierte einwandern lassen, die in ihren Herkunftsländern keiner braucht oder die einfach dort zu viel sind. Denn es ist auch nicht gut, wenn die Länder ausbluten: Die brauchen ihre Ärzte selber.

⁴ Die ganzen zwei Stunden gibt's hier: <https://www.youtube.com/watch?v=NPYywWAJpTU>

Danach hielt Versammlungsleiter Andreas Kubisch seine erste Rede. Er beantwortete für sich die Frage: Was würde ich tun, wenn ich der Teufel wäre und den Verstand der nächsten Generation zerstören wollen würde?

Ich würde ich nicht mit Gewalt kommen. Ich würde mich als Fortschritt tarnen, als Freiheit, als Mitgefühl, und dann würde ich langsam systematisch und nahezu unsichtbar ihr Denken vergiften. Als erstes die Wahrheit relativieren Ich würde Ihnen einreden, dass es keine objektive Wahrheit gibt, dass jeder seine Wahrheit hat und dass Faktenverletzen und Gefühle wichtiger sind als Logik. Zweitens Identität verpönen: Ich würde die klaren Vorstellung davon zerstören was Mann und Frau, Kind und Erwachsener bedeuten. Ich würde Identität zu einem endlosen Baukasten machen: Formbar, beliebig, entkoppelt von Biologie und Realität. Drittens, Familien zersetzen: Ich würde die Eltern autoritätslos machen. Vater und Mutter lächerlich oder gefährlich erscheinen lassen. Kinder dazu bringen, auf TikTok-Klone und Ideologien zu hören, aber nicht auf ihre Familie. Ich würde Verantwortung durch Opferrolle ersetzen Ich würde Ihnen beibringen dass sie immer Opfer sind, dass das System Schuld ist, dass sie in ihm nichts verändern können, außer zu klagen, und das Selbstmitleid eine Tugend ist. Füntens: Ich würde sie ablenken und betäubend , ihnen nie eine ruhige Minute lassen: Dauerbeschallung mit Social-Media-Serien, Pornographie, Konsum – Nie lange Weile. Denn sonst, in der Stille, könnten sie ja nachdenken oder sich selbst begegnen. [Sechstens,] Geschichte umdeuten und auslöschen: Ich würde ihre Vergangenheit dämonisieren, ihre Kultur als Schatten hinstellen, ihre Helden stürzen, ihre Wurzeln kappen. So werden sie steuerlos und haltlos.

Es folgte Markus Weber, AfD-Gemeinderat in Philippsburg. Er sprach sprunghaft, ohne Fokus aber mit erkennbarer Tendenz.

Wir wollen unser Frieden haben. Wir wollen unsere Freiheit haben, und wir möchten nicht gegängelt werden von einer Regierung oder von Regierungen. Denn das war ja nicht die Ampel, die einzige und allein daran schuld ist. Wir möchten unsere Freiheit haben. Wir möchten nicht vorgeschriven kriegen ,wie wir zu leben haben, wie wir unsere Kinder zu erziehen haben. Ich will euch mal ein Beispiel erzählen: Ich habe [neben meiner Parteiarbeit] ein eigenes Büro, in dem ich auch Personen mit Migrationshintergrund betreue. Ich habe Türken, Polen, Russen, meinetwegen auch Zigeuner .. Entschuldigung, das darf man ja gar nicht mehr sagen, weil das ja ein diskriminierendes Wort ist. Wir kämpfen für unsere eigene Grammatik und wenn ich mir jetzt die da drüber [auf der Gegendemo] anschau, und ich sehe dieses Volk: Wir waren einst ein Volk von Dichtern und Denkern und Erfindern – und [die sind] das Ergebnis: Allein schon die Genderfahnen ... Ich will euch mal eins sagen: Unabhängig der sexuellen Orientierung: Okay, ich bin selber schwul. Und was hat das eine mit dem anderen zu tun? Ich brauche keine 167 Geschlechterworte für die Personenart. Wie gesagt, uns alle hier eint: Wir wollen Frieden, wir wollen nicht verheizt werden. Die Politiker, die dieses aushecken, sollen ihre Kinder selber in die Ukraine schicken oder sonstwo an die Front.

Gegen Ende ergriff eine volksliebende Reichsbürgerin mit alemannischem Zungenschlag das Offene Mikro und gab Nachhilfe in Selbstverwaltung.

Liebe Menschen, ich möchte mich bedanken, dass ihr alle hier seid für euer Volk, für euer Land, für die Liebe zu euren Menschen in den Gebieten, in denen ihr lebt. Ich danke euch, dass ihr euch hier versammelt um zu zeigen, dass ihr solidarisch seid für eure eigenen Familien, Abstammung, dass ihr dazu steht. Es geht nicht darum, das eine andere auszuspielen Es geht auch nicht um Parteien weil die Parteien verprassen genaugenommen euer Geld, das ihr in Steuern zahlt. Und das ist seit dem Grundgesetz so. Das Grundgesetz wurde von den Amis geschrieben. Das ist nicht euer Gesetz. Ihr müsst ein eigenes machen. Ihr müsst eine eigene Verfassung machen. Also, die verfassungsgebende Versammlung ermöglicht euch die Selbstorganisation in euren Ländern in Form von Freistaaten oder Gemeinden, von eigenerhobenen Gemeinden mit Völkerrechtsstatus ... und damit seid ihr selbstverwaltet – und dann könnt ihr der Regierung einen Brief schreiben und sie daran erinnern, dass sie von ihrer Arbeit quasi entlassen ist. Im Freistaat könnten sie das, aber die wissen das irgendwie nicht. Man müsste denen mal sagen: Ihr Freistaaten habt eine Verfassung, ihr müsst die EU da rauschmeißen. Oder es machen wie die Schweizer und nicht einfach überall eintreten, auch nicht in die NATO, weil die machen mit euch nachher den Hampelmann. Dann bräuchtet ihr keine von diesen privaten Organisationen: Weder eine WHO noch eine UNO noch sonstwas. Ihr braucht Selbstverwaltung, wo ihr bestimmt, wie ihr leben wollt und nicht die Reichen sich nachher wieder euer Geld klauen und damit die Kriege führen, die einfach nicht von euch gewollt sind ... Also genau genommen mit mit dieser eigenen Verfassung: Jedes Bundesland ein Freistaat, jede Kommune eine Gemeinde. Da kann ich nur die [?] empfehlen. Die hat das vorbereitet, die Völkerstämme befreit. Und sie kann euch helfen, das zu machen.

Zum Abschluss der Kundgebung betrat noch einmal Andreas Kubisch die Redebühne und berichtete über eine „Agenda“ einer (eigentlich gar nicht so) geheimen „Weltregierung“, gewürzt mit einer Prise Geschichtsrelativierung

Alles das, was derzeit passiert, ist eine Agenda die seit 150 Jahren und länger in Arbeit ist Und es sind nur ein paar Familien, die das schwerreiche Geld und die Macht auf der Erde besitzen, die ihre Agenda soweit vorgetrieben haben um letztendlich zu einer Eineweltregierung zu kommen Da kann ich euch ein Buch vorstellen: „Die Rothschilds – Eine Familie beherrscht die Welt“. Hier ist die Geschichte des Rothschild-Clans drin von Anbeginn an. Von 1741 in Frankfurt begonnen mit ihrem Aufstieg, mit ihrer Aggressivität, mit ihrem Machtgefühl, mit ihrer Verachtung über die Bevölkerungen unserer Erde. Und nicht umsonst führen sie nur Kriege seit dieser Zeit. Kriege, um uns zu vernichten. Kriege, um Macht, Geld, Rohstoffe und anders zu gewinnen. Und deswegen: Raus aus der NATO . Die NATO unter der Führung der USA. Wer hat denn die ganzen Kriege begonnen, die ganzen Regime Changes? Seit Jahrzehnten wird rings um den Erdball unter der Führung der USA ein Krieg nach dem anderen geführt. Und uns wird vorgeworfen: Der Erste und der Zweite Weltkrieg. Am Ersten Weltkrieg war Deutschland noch nicht mit einem Jota schuld. Wer sich hinein begibt in die Historie: England, Frankreich und zu der Zeit das zaristische Russland haben Deutschland in den Ersten Weltkrieg hineingezwungen. Wenn man sich reinschaut in den Zweiten Weltkrieg: Wir wollen uns nicht von der Schuld freisprechen, die wir selber haben, aber über den Vertrag von Versailles und viele andere Dringe sind wir genauso in den zweiten Weltkrieg hineingedrängt worden. Und uns tut man die Schuld auferlegen, Wir sollen den Kopf stillhalten vor der ganzen Welt? Nein, tun wir nicht. Es geht um meine Kinder um meine künftigen Enkel. Für die stehe ich hier Und ich will eine friedliche Zukunft. Ich möchte eine demokratische Zukunft. Und wir haben alles in der Hand, damit wir tatsächlich mal eine Demokratie aufbauen die es in den letzten 2000 Jahren noch nie gegeben hat. Und dafür stehen wir hier für Frieden, Demokratie, für eine neue Verfassung.

Die weiteren Beiträge am Offenen Mikro waren unauffällig. Und die oben erwähnten „Jungnazis“ nahmen daran nicht teil ... wie sie generell unauffällig blieben.

Der 26. April 2025 in Deutschland

Auch bundesweit war die Resonanz des Zweiten Aktionstages von *Gemeinsam für Deutschland* enttäuschend gering. Der Anfangserfolg des Ersten Aktionstages hatte sich nicht fortgesetzt.

TAGESSPIEGEL **Rechtsrock und Deutschlandflaggen** 26.04.2025

Schätzungsweise 150 Personen haben sich am Samstagnachmittag zu einer rechten Demonstration nahe dem Berliner Alexanderplatz versammelt. Gekommen sind überwiegend junge Neonazis, aber auch Anhänger der Berliner Querdenken-Szene und angeblich friedensbewegte Teilnehmer mittleren Alters, die Friedensfahnen tragen.



Rechten-Demo bleibt deutlich unter Erwartungen

Organisatorin Nicole Jordan sprach vor knapp 200 Teilnehmern. Erhofft hatte sie sich mehr als 1000.



Borkener Zeitung

26.04.2025

Demo „Gemeinsam für Deutschland“ in Nürnberg

Laut Polizei kamen in Nürnberg bis zu 400 Menschen zur Demonstration des Bündnisses „Gemeinsam für Deutschland“. Dagegen protestierten bei drei angemeldeten .

Schwarzwälder Bote

26.04.2025

„Gemeinsam für Deutschland“

Demo und Gegendemo in Balingen

Gut 300 Teilnehmer versammelten sich am Samstagmittag hinter der Balinger Stadtkirche zu einer Demonstration unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“. Ein wildes Fahnenmeer aus Deutschland-Flaggen, Friedenstauben und Russlandfarben prägte das Bild am Wasserspiel. Der Großteil der Teilnehmer kam augenscheinlich aus der bürgerlichen Mitte.

NORDSTADT

BLOGGER

NACHRICHTEN
AUS DORTMUND

27. April 2025

Querdenken-Demonstration zog durch die City – mit dabei Neonazis der „Heimat Dortmund“

Unter dem Motto „Gemeinsam für Deutschland“ versammelten sich am 26. April 2025 rund 800 Demonstrierende in Dortmund. Die Teilnehmenden aus dem Querdenker-Spektrum forderten Frieden und kritisierten die Regierung. Auch eine große Gruppe von rund 50 Neonazis reihte sich in den Aufzug ein. Sie hielten ein Transparent der „Heimat Dortmund“, ehemals „NPD“ und „Die Rechte“. Unter ihnen waren neben jungen Rechtsextremist:innen der neuen Gruppierungen „Jung und stark“, „Deutsche Jugend voran“ und „Deutsche Elite Jugend“ auch Kaderfiguren wie Sascha Krolzig, Verleger des rechtsextremen „N.S.-Heute“-Magazins.

SR info ,

Demo von Gruppen aus Querdenker-Umfeld in Saarlouis

26.04.2025

Mit Deutschlandflaggen, Peace-Zeichen und Slogans wie "Keine unkontrollierte Migration" oder "Frieden schaffen ohne Waffen" sind am Samstagnachmittag ca. 400 Personen aus dem Querdenkerumfeld durch Saarlouis gelaufen.

Der Anteil an Rechtsaußen-Klientel war mal höher, mal niedriger – abhängig vom Härtegrad der Ortsgruppe.

Frankfurter Rundschau Aufmarsch im Schatten des Hammering Man

„Nazis raus“, schreien die [400] auf der Parkseite, „wir sind keine Nazis“ schreit dazu eine Frau [von 100] mit Deutschlandfahne und Peacezeichen von der anderen Straßenseite zurück. „Für Deutschland“, schreit ein Mann wild gestikulierend, „nieder mit der Antifa, nie wieder Faschismus“. Sie können ihn auf der anderen Seite nicht hören, auch nicht das gesungene „All we are saying is give peace a chance“. Und sie können auch das kleine Plakat nicht lesen, das ein anderer trägt: „Nein zu Taurus-Lieferungen, Ja zu Friedensverhandlungen“. Auf einem anderen Schild steht „Frieden – Nie wieder Endzeit“.

Freistaat Thüringen  Protest gegen rechte Demonstration in Weimar
26.04.2025

Das neue Protestbündnis «Gemeinsam für Deutschland» hat am Samstag deutschlandweit zu Demonstrationen aufgerufen. Bei deren Kundgebung auf dem Weimarer Theaterplatz hatten sich laut Polizei rund 1.100 Menschen versammelt. Zu den Rednern des rechten Spektrums gehörten auch der thüringenweit bekannte Geraer Rechtsextremist Christian Klar.

NORBERT LEISTER

norbert-leister.de

Deutschlandfahnen und Friedenstauben auf blauem Grund dominierten am Samstag auf den Bösmannsäckern die Demonstration von „Gemeinsam gegen Deutschland“. Dabei handle es sich laut Landes-Innenministerium um „eine deutschlandweite Veranstaltungsreihe mit Anknüpfungspunkten für extremistische und nicht-extremistische Akteure“ Die Polizei spricht laut SWR vom „rechten Spektrum“, auch Reste der Corona-Leugner- und „Querdenken“-Bewegung sollen sich dahinter verbergen.

Marco Kemp @foto kemp

Mit nur 330 TN blieb der extrem rechte Aufmarsch in **#Magdeburg** am 26.04.2025 hinter den Erwartungen zurück.

Insbesonders junge #Neonazis nutzten die Veranstaltung zur Selbstdarstellung. #md2604

An dem Aufmarsch beteiligten sich auch Neonazis aus u.a. Sachsen-Anhalt und Thüringen. Entgegen der Aussage des Anmelders wurde niemand wegen neonazistischer Parolen ausgeschlossen.

1355 der Veranstalter in [Magdeburg](#) bittet anwesende Presse keine Fotos zu veröffentlichen auf denen das "White Power"-Zeichen gezeigt wird, dies sei "keine rechtsextreme Veranstaltung".

Währenddessen kommen immer mehr junge **#Neonazis** dazu.

Nīmæ 💙💛 @NimaTikken

Zu Aschaffenburg postet **#DST** dieses Video **#ab2604**

Das Video zeigt 20 junge Herren und 10 junge Damen bei der Anreise zur Demo von Gemeisam für Deutschland.

Alle tragen schwarze Hoodies. Die Aufschriften lauten "DST Der Störtrupp" und "C-60 Europe Defender".

0:08 / 0:20 🔍 ⏪ ⏴ ⏵ ⏵

Das Resümee des Verfassungsschutzes am 26. April 2025

Auf tagesschau.de erschien am 27. April ein verwirrender Artikel. Er beginnt mit einer Warnung des Verfassungsschutzes, wonach es, mit Hinweis auf *Gemeinsam für Deutschland*, ein bekanntes Vorgehen extremistischer Akteure (sei), gesellschaftliche Spannungen und Proteste für sich zu nutzen, um die eigene Ideologie zu verbreiten und auch für nicht-extremistische Gesellschaftsteile "anschlussfähig zu erscheinen". Dann aber endet der Artikel mit der Feststellung des Verfassungsschutzes, wonach es „extremistischen Akteuren“ nicht gelungen sei, "einen relevanten oder gar steuernden Einfluss auf die Proteste zu nehmen". Dazwischen wurde über zahlreiche Gewalt bei den Gegendemos berichtet.

The screenshot shows a news article from tagesschau.de. At the top left is the tagesschau logo, which consists of a blue globe icon next to the word "tagesschau". To the right of the logo is the text "Gemeinsam für Deutschland"-Demos. Below this, the main title of the article is "Protest, Gegenprotest, Warnung". To the right of the title is the date "27.04.2025".

Das neue Protestbündnis "Gemeinsam für Deutschland" hat Tausende Menschen mobiliert. In mehreren Städten gab es große Gegendemos. Der Verfassungsschutz beschäftigt sich mit der Gruppierung und warnt.

Dortmund, Weimar, Nürnberg: Das neue Protestbündnis "Gemeinsam für Deutschland" (GfD) ist an diesem Wochenende in mehreren deutschen Städten aufgetreten. Insgesamt nahmen Tausende Menschen an den bundesweiten Aktionen teil. GfD fordert unter anderem Meinungsfreiheit, flächendeckende Grenzkontrollen und ein Ende der Militärhilfen für die von Russland angegriffene Ukraine.

"Dies sind per se keine rechtsextremistischen oder anderweitig verfassungsschutzrelevanten Forderungen", so die Einschätzung des Verfassungsschutzes. Dennoch warnt er: Es sei ein bekanntes Vorgehen extremistischer Akteure, gesellschaftliche Spannungen und Proteste für sich zu nutzen, um die eigene Ideologie zu verbreiten und auch für nicht-extremistische Gesellschaftsteile "anschlussfähig zu erscheinen", teilte das Bundesamt für Verfassungsschutz schon vor dem Wochenende auf Anfrage der dpa mit. Dabei werde versucht, die Kritik an einem konkreten gesellschaftlichen Anlass für Proteste gegen "das System insgesamt" zu richten.

Eine der größten GfD-Veranstaltungen fand am Samstag in Dortmund statt. Etwa 800 Menschen kamen. Bei den Demonstranten handelte es sich um verschiedene Gruppen: Darunter "Querdenker", Verschwörungsdenken und auch Rechtsextreme. In zwei Fällen wurde der Polizei zufolge der Hitlergruß gezeigt und daraufhin ein Strafverfahren eingeleitet.

Die Zahl der Gegendemonstranten in Dortmund schätzte ein Polizeisprecher auf rund 300 bis 500. Als eine Gruppe aus Reihen der Gegendemonstranten versuchte, Polizeisperren zu durchbrechen, wurden mehrere Hundert Menschen zeitweise eingekesselt. Auseinandersetzungen von Gegendemonstranten mit der Polizei gab es auch in Reutlingen, Hamburg und Nürnberg.

"Gemeinsam für Deutschland" entstand 2024 aus einem Aufruf in den sozialen Medien und organisiert inzwischen in vielen Bundesländern Demonstrationen. An den GfD-Aktionen beteiligen sich auch Rechtsextremisten, AfD-Mitglieder und Anhänger der "Querdenken"-Bewegung. Extremistischen Akteuren sei es allerdings nicht gelungen, "einen relevanten oder gar steuernden Einfluss auf die Proteste zu nehmen", glaubt der Verfassungsschutz. Die Veranstalter selbst hätten sich öffentlich von extremistischen Positionen distanziert.

Das Resümee von Gemeinsam für Deutschland

Eine Strategie gegen rechtsextreme Unterwanderung

Am 27. April 2025 definierte „Dennis“ in mehreren *TikTok*-Videos das ab zukünftigen Demos von *Gemeinsam für Deutschland* geltende Verhältnis zur Teilnahme von (offensichtlichen) Rechtsradikalen: Da die Behörden sich weigerten, eventuelle sich unauffällig verhaltende Nazis auszuschließen, wolle man die Demos dann einfach selbst beenden.



Es gab an mehreren Demo-Orten den Fall, dass Rechtsextreme mitmarschiert sind. Wir hatten versucht, diese durch die Polizei ausschließen zu lassen: Das wurde [seitens der Behörden] verneint. Eine Demo ist öffentlich und jeder darf dran teilnehmen, das ist ein Grundrecht in Deutschland. Und so lange keine Straftaten [oder massive Störungen] vorliegen, kann man niemanden ausschließen. Man hat uns die also quasi aufgebunden, Wir haben dann dafür gesorgt, dass sie nur ganz hinten mitlaufen können.

Es gab viele verletzte Polizisten bundesweit auf den Gegendemos. Die Gewalt ging grundsätzlich von Links aus. Alle unsere Demos waren friedlich. Und ganz viele Gegendemos waren sehr, sehr aggressiv.

Wir werden weitermachen [und] werden uns rechtsanwaltliche Hilfe holen. Wir werden uns nicht mehr von den Behörden schikanieren lassen. Deren Aufgabe ist es, dass wir reibungslose Protestmärsche machen können, und zwar nach unseren Vorstellungen. Und dann müssen sie [bei Blockaden] jene räumen und nicht unsere Demos [stoppen, umleiten oder auflösen].

Wir wurden tatsächlich vom Verfassungsschutz beobachtet, es gab Presseberichte. Und der Verfassungsschutz kommt zu der folgenden Aussage: 'Es sind vereinzelt Rechtsradikale auf den Demos gesichtet worden. Sie haben es jedoch nicht geschafft, die Demonstrationen zu unterwandern oder zu übernehmen, da die Veranstalter sich ganz klar gegen jede Form von Radikalismus aussprechen'. Damit sollte doch klar sein, dass wir keine Rechtsradikalen sind, denn auch der Verfassungsschutz kommt zu diesem Entschluss.



[Und] nachdem ich jetzt einige Videos gesichtet habe von [unseren] Demos gestern, gibt's jetzt eine ganz klare Ansage an unsere rechtsradikalen Teilnehmer: „Zollern-Jugend, Deutscher Störtrupp und wie ihr euch nennt. Alle unsere Orgas sind ab der nächsten Demo dazu angehalten, [wenn ihr auftaucht] die Demo für beendet zu erklären und warum. Leider sind wir gezwungen, euch mitmarschieren zu lassen, so lange ihr keine verbotenen Symboliken zeigt oder Straftaten begeht. Aber wir entscheiden, wann wir die Demo für beendet erklären. Und ich verzichte lieber auf einen Marsch, als mit euch Seite an Seite zu gehen. Wir sind nicht rechtsradikal, wir sind die Mitte der Gesellschaft. Ihr werden bei uns keine Bühne bekommen. Und ich werde in Zukunft Teams austauschen, die sich nicht an diesen Codex halten. Das, was [beim Zweiten Aktionstag] in manchen Städten passiert ist, wird sich nicht wiederholen